

Absteiger trifft auf Aufsteigerin

Gemäss Umfrage wird die LDP stark zulegen – die Grünen verlieren. Das Duell der ungleichen Parteipräsidenten.



Braucht es ihre Parteien? Grünen-Präsident Harald Friedl und LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein nehmen Stellung zu den Umfrageresultaten der «bz Basel» und der «Tageswoche».

Roland Schmid

VON LEIF SIMONSEN
UND ANNIKA BANGERTER

Frau von Falkenstein, Ihre LDP hat gemäss der Umfrage des Politbüros Sotomo im Vergleich zu 2012 stark zugelegt. Den Erfolg bezahlen Sie aber teuer: Sie steigen mit der SVP ins Boot, die Sie früher verteuflert haben.

Patricia von Falkenstein: Als Wahlsiegerin sehe ich die LDP noch nicht. Mich macht die Umfrage eher nervös. Dass wir von der Zusammenarbeit mit der SVP profitieren, stimmt nicht. Viele haben uns sogar Verluste prophezeit. Aber offenbar können die Leute unterscheiden zwischen der Regierungswahl, wo es um das bürgerliche Viererticket geht, und der Parlamentswahl. Zudem muss gesagt werden: Es gibt eine SVP Schweiz und eine SVP Basel. Die Basler pflegen einen moderateren Politstil.

Harald Friedl: Diesen Unterschied sehe ich nicht. Schauen Sie sich die Wahlkampfparolen doch an: Die Basler SVP ist wie ihre Mutterpartei. In den wesentlichen Punkten politisiert sie analog, vielleicht mit einem etwas weniger bissigen Ton. Gleiches gilt für ihren angeblich moderaten Regierungsratskandidaten: Inhaltlich ist er auf SVP-Linie. Für mich gehört er deshalb nach wie vor nicht in die Regierung.

Die Grünen weisen gemäss der Umfrage den grössten Verlust aus. Was haben Sie falsch gemacht, Herr Friedl?

Friedl: Ich weiss nicht, ob man uns etwas vorwerfen kann. Man sieht auf der nationalen Ebene, dass die grünen Themen aktuell nicht besonders hoch im Kurs bei der Bevölkerung sind.

Grüne Werte sind mittlerweile

bis weit in das bürgerliche Lager etabliert. Braucht es die Grünen noch?

Friedl: Natürlich. Wir haben es geschafft, dass unsere Anliegen auch von den anderen Parteien aufgenommen wurden. Aber die grossen Fragen wie der Atomausstieg oder der Klimawandel sind noch lange nicht gelöst.

Von Falkenstein: Wenn man sieht, wie deckungsgleich die SP und die Grünen wurden, muss man sich schon nach eurer Existenzberechtigung fragen.

Friedl: So gesehen bräuhete es die LDP auch nicht, schliesslich decken sich eure Inhalte fast mit der FDP.

Von Falkenstein: Wie die Umfragerwerte zeigen, braucht es die LDP allemal. Uns zeichnen nicht nur Inhalte, sondern auch eine gute Personalpolitik aus. Wir wechseln nicht vor den Wahlen die halbe Fraktion aus, wie die Grünen es getan haben.

Friedl: Dass es viele Abgänge im Parlament gab, war unausweichlich. Ein grosser Teil hätte nicht wieder antreten können. Dass jemand wie Mirjam Ballmer wegzieht, hinterlässt Spuren. Spitzenkandidaten finden sich nicht auf der Strasse. Aber die Neuen haben sich gut profiliert.

Die Grünen hatten die Chance, den ersten Regierungs- und Stadtpräsidenten zu stellen. Haben Sie sich davon mehr Rückenwind erhofft?

Friedl: Dank Guy Morin wurden die Grünen bekannter. Wie viel Vertrauen er für uns geschaffen hat, zeigt sich, indem die Bündnispartnerin SP unsere Kandidatin Elisabeth Ackermann nun zur Wahl empfiehlt. Natürlich gibt es beim Präsidentschaftswahlkampf Potenzial, etwa in der Zusammenarbeit mit den anderen Schweizer Grossstädten.

Von Falkenstein: Die LDP stand dem Präsidentschaftswahlkampf immer skeptisch gegenüber, weil die Aufgaben unklar waren.

Was muss sich denn beim Präsidentschaftswahlkampf ändern?

Von Falkenstein: Das Problem sind seine vielen Schnittstellen. Der Regierungspräsident ist gezwungen, sich in die Angelegenheiten der anderen einzumischen. Dadurch entstehen viele Reibungsverluste. In seiner jetzigen Funktion kann der Regierungspräsident die PS nicht auf die Strasse bringen.

Dann können die Bürgerlichen ja den Grünen das missliebige Departement überlassen.

Von Falkenstein: Nein, aber eine Restrukturierung wäre angebracht. Das soll das neue Regierungsgremium anstossen.

Friedl: Da kann ich ausnahmsweise zustimmen. Auch ich bin der Meinung, dass es eine Stärkung des Präsidentschaftswahlkampfes braucht. Das Regierungspräsidentschaftswahlkampf muss mehr Macht bekommen.

Präsidentschaftswahlkampf Kandidat Baschi Dürr von der FDP steht derzeit wegen verschiedener Entgleisungen seiner Mitarbeiter in den Negativschlagzeilen. Die Grünen müssten sich über die erhöhten Chancen von Elisabeth Ackermann freuen.

Friedl: Bestimmt nicht. Ich bin nicht der schadenfreudige Typ. Sexuelle Übergriffe von Mitarbeitern kann man dem Departementsvorsteher schwer anlasten. Andere Zwischenfälle hinterlassen hingegen Fragezeichen. Zum Beispiel, wieso das Departement Dürr drei Jahre gebraucht hat, um die Weisung für die persönlich zugestellten Dienstwagen zu überarbeiten.

Grünen-Präsident Friedl

Harald Friedl (44) wuchs im Waldenburger Tal auf. Der Chemiker und Umwelttechniker leitet die Basler Fachstelle der ABC-Vorsorge. Nach zehn Jahren als Vizepräsident der Basler Grünen ist er seit April deren Co-Präsident. Seit Juni politisiert er im Grossen Rat.

LDP-Präsidentin von Falkenstein

Patricia von Falkenstein (55) ist seit mehr als zwanzig Jahren für die LDP aktiv. Seit zehn Jahren sitzt sie im Grossen Rat. Seit 2013 steht sie an der Spitze der Partei. Die Juristin amtierte neun Jahre als Richterin am Basler Strafgericht und ist Mutter zweier Kinder.

Von Falkenstein: Ja, das war etwas lange. Aber im Zug dieser Enthüllungsgeschichten muss ich betonen, dass ein Departementsvorsteher nicht für jede Kleinigkeit geradestehen kann. Baschi Dürr stärkt jedoch seinen Mitarbeitern den Rücken und hält an ihnen fest. Darin unterscheidet er sich von Guy Morin, der auch schon Mitarbeiter über die Klinge springen liess.

Positiv für Sie ist doch an den Ereignissen, dass sie die etwas lächerliche Wahlkampagne der Bürgerlichen mit Rheinbaden und Pingpong-Spielen, vergessen lassen.

Von Falkenstein: Die Aktion mit dem Rheinbaden würde ich sofort wieder machen. Das wurde viel zu stark ins Lächerliche gezogen. Uns ging es darum, dass man die vier Regierungsratskandidaten kennen lernt. Conradin Cramer und Lorenz Nägelin kandidieren erstmals. Da hatten wir der SP gegenüber einen Nachteil, die mit Bisherigen antritt. Den Vorsprung haben wir aber, so glaube ich, wettgemacht.

Rot-Grün hingegen wurde Ideenlosigkeit vorgeworfen. Man hat den Eindruck, Sie seien selbstgerecht geworden.

Friedl: Es ist schwieriger, als Regierungsmehrheit Wahlkampf zu machen. Wer in der Opposition ist, kann auf Missstände hinweisen. Wir können nur betonen, was Fakt ist: Basel hat sich hervorragend entwickelt, seitdem es eine rot-grüne Mehrheit gibt.

Von Falkenstein: Das hat nichts mit der rot-grünen Mehrheit zu tun. Nenn mir ein Projekt, mit dem Rot-Grün prahlt, das nicht zustande gekommen wäre, wenn die Bürgerlichen die Mehrheit gehabt hätten. Kein einziges!
Friedl: Der Ausbau des öffentli-

chen Verkehrs oder die Förderung von Wohnbaugenossenschaften. Nicht zu vergessen ist, dass im vergangenen Jahrzehnt in der Region 20 000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Rot-Grün hat für die notwendigen Rahmenbedingungen gesorgt.
Von Falkenstein: Mich nervt diese Selbstherrlichkeit. Das ist ein Verdienst der Privatwirtschaft und nicht von Rot-Grün. Der Kanton hat keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen. Und auch dass die Steuereinnahmen wegen Rot-Grün fließen, ist Unsinn.

Blicken wir voraus. Welche Themen treiben Sie in der nächsten Legislatur voran?

Von Falkenstein: Neben den Steuern fällt mir spontan die Verkehrspolitik ein. Es gilt, das Herzstück der Regio-S-Bahn zu forcieren. Zudem müssen wir darauf achten, dass der ÖV und der Individualverkehr nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie es etwa die Grünen tun. Sie sind grundsätzlich gegen das Auto, beispielsweise beim Innerstadt-Verkehrssystem.
Friedl: Das stimmt nicht. Wir wollen, dass Velo und Sharing-Modelle für Fahrzeuge stärker gefördert werden. Mit unterirdischen Parkmöglichkeiten könnte ich gut leben. Der Vorschlag aus dem Munde eines Grünen überrascht mich aber. Solche Baumaassnahmen sind schnell teuer. Wenn sich nur noch die Reichen ein Auto leisten können, entspricht das doch auch nicht den Werten der Grünen.